

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. (incl. Porto). Bei Vorbestellung 1,50 RM. jährlich. Bestellschein-Verfahren. Alle Bestellungen und Verträge, unter Anzeiger u. Werbegeld, sind zu zahlen. Im Falle längerer Betriebsstörungen behält sich die Redaktion das Recht vor, die Ausgabe zu verschieben. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Meinungen der Mitarbeiter. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Meinungen der Mitarbeiter.



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. (incl. Porto). Bei Vorbestellung 1,50 RM. jährlich. Bestellschein-Verfahren. Alle Bestellungen und Verträge, unter Anzeiger u. Werbegeld, sind zu zahlen. Im Falle längerer Betriebsstörungen behält sich die Redaktion das Recht vor, die Ausgabe zu verschieben. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Meinungen der Mitarbeiter. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Meinungen der Mitarbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 268 — 93. Jahrgang Telegr.-Nr.: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, den 16. November 1934

Die Siedlungsleistung des Dritten Reiches.

Eine vom Reichsernährungsministerium veranlassete Besichtigungsreise, an der die Vertreter der beteiligten Behörden und zahlreiche Sachverständige teilnahmen, ermöglichte einen Blick in das landwirtschaftliche Siedlungsweesen, wie es sich im zweiten Jahre nach dem nationalsozialistischen Umbruch darstellt. In der Emigrantenpresse wird immer wieder behauptet, daß die Siedlung in Deutschland aus allen möglichen Gründen stode. Diese Lüge erledigt sich mit wenigen amtlichen Zahlen. Es sind im Jahre 1933 49 000 neue Höfe mit 310 000 Morgen bewirtschafteter Fläche geschaffen worden, 1934 sogar 67 800 neue Höfe mit 351 000 Morgen Fläche. Allein im letzten Jahre sind für 47 Millionen Mark Baumaterialien und Geräte für Neubauten, 9 Millionen für Umbauten verwendet worden, nicht einbezogen die Kosten von Schul- und Gemeindehäusern und von Wegebauten. Für den Beginn der 1935 abzunehmenden Siedlungen sind bereits jetzt volle zehn Millionen Mark an Arbeitslöhnen ausgezahlt worden.

Das sind gewiß großartige Zahlen, die mit Recht Aufsehen in denjenigen Teilen des Auslandes erregen, die über die tatsächlichen Vorgänge unterrichtet sind und wo man die deutsche Neuschaffung von Bauerntum als eine Leistung betrachtet, die kein anderes Volk auch nur annähernd aufzuweisen hat. Die Siedlung hat uns genügend darüber belehrt, wie man nicht siedeln darf. Was aus ihr übriggeblieben ist, wirkt vielfach geradezu abschreckend. Vergleiche man mit jenen Systemzeitbauten, die in manchen Gegenden wie gespensterhafte Ruinen herumstehen, die Siedlungen des Dritten Reiches, so kann man den ungeheuren Unterschied erkennen.

Nicht nur der unzufriedene, vielfach der revoltierende Siedler war damals an der Tagesordnung. Die Leute wurden auf ungenügenden, unergiebigen Flächen angelegt, die niemals eine Adernahrung hätten ergeben können. Die Verkehrs- und Absatzverhältnisse waren manchmal unmöglich. Die Rente war nicht aufzubringen, sie war auch so hoch bemessen, daß der Siedler selbst bei bestem Bewirtschaftungsstand seiner Ländereien daran hätte zugrunde gehen müssen. Ein Kapitel für sich waren schließlich die Gebäude. Teils, dafür gibt es genug Beispiele, baute man viel zu großartig, so daß der Wert der Gebäude in keinem Verhältnis zu dem Ertrag der Landfläche stand, teils auch, und dieser Zustand überwog, hielt man das Minderwertigste für den Siedler für gerade gut genug. Aus überflüssigen Ersatzbaustoffen wurden die Wände aufgeführt, darüber kam ein flaches Pappdach, das Ganze mochte sich schon im ersten Winter als unbewohnbar erweisen und in die Gegend wie die Faust aufs Auge passen, der Bauerntum, von der Sorte, die heute irgendwo im Auslandes sitzt und gegen uns Deutsche hegt, hatte sein Geld weg und die Siedler waren auf Lebenszeit eine erdrückende Pensionslast eingegangen.

Der völlige Umbruch kennzeichnet sich schon darin, daß er bei der Auswahl des Siedlerpaars beginnt. Nicht nur der Siedler selbst muß bauernfähig sein, auch die Siedlerin muß, was man früher ganz übersehen, auf Land passen. Inzwischen empfiehlt sich ein Übergang, daher werden auch Landarbeiterstellen geschaffen, wo Leute, die sich den nötigen Unternehmungsgedanken nicht zutrauen, Gelegenheit haben, sich zu bewähren, um später durch Landzulage zu einer Volkbauernstelle aufzusteigen. Bei den letzteren aber ist die Landbemessung von Anfang an so, daß eine ausreichende Adernahrung und eine sichere Tragbarkeit der Rente gewährleistet sind. Eine ausreichende Anlaufzeit ermöglicht dem Siedler, sich einzu-



Neubauernhof der Siedlung Klein-Pläßen. Eine 120-Morgen-Neubauernstelle.

Laval zur Saarfrage.

Außenminister Laval gab vor dem Auswärtigen Ausschuss der Kammer Ausschluß über die Verhandlungen des Dreierausschusses über die Saar zur Vorbereitung der Entscheidung, die der Völkerrundrat demnächst zu treffen haben werde. Er habe gleichzeitig sein Vertrauen in den normalen Ablauf des Verfahrens zum Ausdruck gebracht, das durch den Friedensvertrag und den Völkerrundrat festgesetzt worden sei und den Willen Frankreichs betont, sich in voller Sachlichkeit an dieses Verfahren zu halten. Nach einer längeren Aussprache legte der Minister dar, daß Frankreich nur ein Ziel habe: die Sicherung der Abkommensfreiheit Frankreichs sei entschlossen, in friedlichem Geist und ohne Hintergedanken die aus den geltenden Verträgen sich ergebenden Verpflichtungen zu erfüllen und die ihm obliegenden Interessen zu schützen.

Es sei kein neuer Plan in Aussicht genommen. Er werde vielmehr mit dem ursprünglich von Paris herausgearbeiteten Plan nach Genf gehen. Der Dreierausschuss müsse entscheiden, ob dieser Plan dem Völkerrundrat unterbreitet werden solle. Auf eine Anfrage, auf welche Annahmen er sich in der Frage der etwaigen Entsendung französischer Truppen ins Saargebiet berufe, soll Laval erklärt haben: Auf eine Entscheidung aus dem Jahre 1926. Jedoch werde Frankreich niemals eigenmächtig sondern nur auf Verlangen der Regierungskommission Truppen entsenden, die „neutralen Charakter“ tragen würden.

Saarpolizist für 110 Mark monatlich.

Werbemethoden auf Kosten der Steuerzahler.

In dem großen Londoner Abendblatt „Evening Standard“ schildert ein Journalist, wie man sich als Engländer für die Saarpolizei anwerben läßt. Wertwüßigerweise steht in dem ganzen Bericht nicht ein Wort darüber, wie die vom Völkerrundrat bekanntlich vorgeschriebene Bedingung der Kenntnis der deutschen Sprache von den Bewerbern erfüllt wird. Der Journalist erzählt von seiner Werbung u. a. folgendes:

Das englische Außenministerium und das Kriegsministerium haben zur Anwerbung von Engländern für die Saarpolizei Broschüren eingedruckt; über die endgültige Annahme einer Bewerbung entscheidet die Saarregierung. Der Andrang ist stark; an manchen Tagen melden sich

Hunderter von Bewerbern.

Der Journalist füllte einen vorgedruckten Antrag aus, den er an die Saarregierung schicken sollte.

Sehr merkwürdig erscheint die Form, in der die Bewerber in den Büros mit den Bedingungen bekanntgemacht werden: diese werden ihnen nicht übergeben, sondern sie dürfen sie nur an Ort und Stelle durchlesen. Das Formular mit den Bedingungen ist unterzeichnet mit „Ministerialrat Hemstley, Regierungsgebäude Saarbrücken“. Hemstley ist bekanntlich der britische Chef der Saarpolizei; Herr Anor, sein Landsmann, hat ihm also den Ministerialratsstempel verliehen.

Die Bedingungen selbst sind insofern sehr verlockend, als ein

reichliches Gehalt

geboten wird: 660 Mark monatlich, dazu 50 Mark Wohnungsgeld und den Weinanzug gibt's noch obendrauf. Einige Bewerber haben sogar Aussicht, Hauptmann mit einem Monatsgehalt von 830 Mark und 60 Mark Wohnungsgeld zu werden. Bei solchen Gehältern kann man schon behaglich leben, zumal ja die Saarbewohner in ihrer allbekannten Disziplin keinerlei Anlaß zum Einsprechen geben wird — wie es Separatisten und andere Französlinge halten werden, dürfte den englischen Bewerbern freilich an Ort und Stelle klarer werden als aus den einseitigen und unzureichenden Berichten ihrer Blätter. Alle Auslagen werden den Einkosteten ersetzt; sogar ein Auto wird ihnen erforderlichenfalls zur Verfügung gestellt; Fahrkarte 2. Klasse zum Saargebiet bekommen sie natürlich auch — es kommt ja nicht darauf an, die Saarbewohner müssen es ja letzten Endes genau so mit ihren Steuern bezahlen

Wieder ein befremdliches Fehlurteil im Saargebiet.

Wieder einmal ist im Saargebiet von einer internationalen Instanz ein Urteil für ein Vergehen ausgesprochen worden, das in den Augen der Recht empfindenden Saarbewohner nicht als ein derartig schwer zu bestrafendes Verbrechen angesehen werden kann. Der Bürgermeister von Homburg, Ruppertsberg, wurde von dem Internationalen Obersten Gerichtshof in Saarlouis zu sechs Wochen vier Tagen Gefängnis und 2000 Franc Geldstrafe verurteilt, weil er mehrmals den Hitlergruß angewandt und sich im Abstimmungskampf als aufrichtiger deutscher Mann hervortat, woraus man ihm eine unberechtigte Einmischung in den Saarabstimmungskampf unter Übertretung seiner Neutralitätspflicht als saarländischer Beamter zu konstruieren suchte.

leben und seinen Vertrieb in Schwung zu bringen. Daß aller Anfang schwer ist, daß jeder einzelne und jede einzelne zeigen muß, ob in ihnen das nötige Zeug steckt, um als Kolonisten groß zu werden, wie einst die Boreliern, die alle einmal als Bauern auf Neuland haben beginnen müssen, ist nicht zu leugnen, und das muß sich der Siedler vorher überlegen.

Statt der wahllos nach Architektendünkel hingeworfenen Luxusbauten oder Glendbaracken verlangen es die nationalsozialistischen Grundsätze für die Neuschaffung von Bauerntum, daß die Dorfanlagen und die einzelnen Höfe so gestaltet sind, daß sich mit ihnen ein echtes Heimatgefühl verbinden kann. Darum knüpft man an die Anlagen an, die landsüblich sind. Die Grundrisse der Dorfanlagen sind ja nirgend willkürlich entstanden, sondern sie sind aus der Landschaft und ihren natürlichen Wirtschaftsverhältnissen erwachsen. Die alten Höfe haben vielfach ihre eigenen Hofnamen, die alten Dörfer ihre eigenen Wappen. Es hat sich gezeigt, daß man diese für die neuen nicht dichterisch frei zu erfinden braucht, sondern, daß man überall an die in den Flur- und Gewann-Namen erhaltenen alten Überlieferungen anknüpfen kann.

Auch für die Dorfgemeinschaft wird gefordert. Die öffentlich-rechtlichen Verhältnisse sind überall gelöst, die neuen Dörfer mit Schule und Gemeindehaus ausgestattet, das kirchliche Patronat ist, wo ein solches bestand, durch Landabgabe abgelöst. Es wurden Dörfer gezeigt, die ihre besondere Gemeindeverfassung, Gartenland für das Gemeindehaus, einen gemeinsamen Genossenschaftsweider, eine Gemeindefauna, gemeinsamen Waldweid, schließlich ihre eigenen Thing- und Sportplätze haben. Stellenweise konnte eine Erleichterung der Rentenleistung auch durch die Fischereiverpachtung eines der Gemeinde gehörenden Sees oder durch die Beteiligung der Siedler am Brennrecht des früheren Großgrundbesitzes geboten werden. So ist es wirklich lebensfähiges, zukunftsträchtiges Bauerntum, was aus den neuen Siedlungen erwächst, die das gesamte Deutsche Reich, am dichtesten aber die früher menschenleeren Gebiete, wie ein blühender Garten zu schmücken begonnen haben.

B. S.



Wer will abjektiv leben?

Das neue eintrudelsvolle Werbeplakat des Winterhilfswerks des deutschen Volkes, das zur Mitarbeit aller Volksgenossen aufruft.